

Frappierend offen dargelegt

Kein Stimmungsbild beim WAK-Infoabend

Zu „Stopp des Rückbaus ist keine Alternative“ vom 21. November:

Das Öko Institut Darmstadt lieferte der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg die Steilvorlage, dass für die zwei geplanten neuen Zwischenlager auf dem Gelände bei Eggenstein-Leopoldshafen am KIT Campus Nord weder eine Umweltverträglichkeitsprüfung noch eine Bürgerversammlung/Information durchzuführen nötig wäre.

Die Informationsveranstaltung hat nun die Firma WAK Rückbau und Entsorgung GmbH für Atommüll übernommen, die sich ebenfalls auf diesem Gelände befindet. Vorher schriftlich eingereichte Bürgerfragen bekam man in einer ausliegenden Broschüre beantwortet. Im Gegensatz zu früher, als man die atomaren Hinterlassenschaften anhäufte, die Bevölkerung nichts sah, hörte oder wissen wollte, wurde der geplante Abbau der Atomanlagen frappierend offen dargelegt.

Trotzdem enttäuschte mich der Abend, weil bis kurz vor dem Ende der Veranstaltung keine offene Fragemöglichkeit mit Antworten für die anwesenden Bürger bestand, die mich als Stimmungsbild aus der Bevölkerung – sprich von anderen Mitbürgern der betroffenen Orte und den Leuten vom BUND-Umweltschutz – doch viel mehr interessiert hätten als allein Einzelgespräche mit Experten im Speeddating-Modus zu führen, wo man bei hitzigen Debatten zuhören konnte, aber von den anderen Teilnehmern nicht viel mitbekam.

Mir konnte zum Beispiel niemand beantworten, welche Mengen zusätzlich zu den Mengen Gebäudemüll als Hinterlassenschaften aus 50 Jahren Atomforschung, aus dem noch immer laufenden Betrieb der Atomforschung des Instituts Transurane ITU und KIT, des radioaktiven Krankenhäusermülls und so weiter dazukommen werden. Mich überzeugten auch die Betonwandstärken der geplanten Lager von 1,80 für mittel strahlenden Müll beziehungsweise 0,80 „Lan“ für schwach aktiven Müll nicht, denn der Anschlag in Paris hat gezeigt, auf was für kranke Ideen Terroristen kommen können.

Dass der „frei gemessene“ Gebäudeschutt und die Metalle zurück in den Wirtschaftskreislauf kommen sollen, ist eine politische Entscheidung, das kann ich nur auf der Basis verstehen, wie eingangs von Herrn Urban betont wurde, dass die WAK Entsorgung GmbH dem Steuerzahler verpflichtet ist, kostengünstig den Abriss der Atomanlagen durchzuführen.

Brigitte Schilli Eggenstein-Leopoldshafen

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | AUS DER REGION | 21.11.2015 | Seite 32

„Stopp des Rückbaus ist keine Alternative“

Bürgerinfo der Wiederaufarbeitungsanlage: neue Kapazitäten zur Atomschrottlagerung erforderlich

BUND-Kritik an Veranstaltungsform

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kuld

Linkenheim-Hochstetten. Die anstehende Erweiterung der Lagerkapazitäten für radioaktive Abfälle auf dem KIT-Campus Nord war das Thema einer Bürgerinformation, zu der die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) nach Linkenheim geladen hatte. Diese „freiwillige Veranstaltung“ lockte rund 150 Zuhörer ins Bürgerhaus. In einem Vortrag und anschließender Diskussion im Workshopstil stellten die Verantwortlichen die Pläne vor.

Im Kern geht es um Folgendes: Auf dem KIT-Campus Nord befinden sich verschiedene kerntechnische Anlagen, die zurückgebaut werden. Der Atomschrott wird dort zwischengelagert, um ihn vom KIT in das Endlager zu bringen. Problem dabei ist, dass dessen Inbetriebnahme nun nicht vor 2022 möglich ist. Weil nun die Bereitstellung von Schacht „Konrad“ schon mehrfach verschoben wurde, der Rückbau der Anlagen auf dem KIT-Areal aber weitergehen soll, werden die Lagerkapazitäten knapp. WAK-Geschäftsführer Manfred Urban stellte in Linkenheim die Möglichkeiten in dieser Situation vor: Rückbau einstellen oder neue Lagermöglichkeit schaffen. Ersterem erteilte er als Alternative umgehend eine Absage, so dass nur der Bau von zwei neuen Hallen für leicht- beziehungsweise mittlerradioaktiven Müll übrig bleibt. Bau- und atomrechtlicher Antrag sind auf den Weg gebracht.

Manfred Urban erläuterte in seiner Präsentation den Ist-Zustand auf dem Campus und beschrieb die weitere Vorgehensweise. Ziel ist es, die beiden Hallen 2019 und 2020 in Betrieb zu nehmen.

Die WAK hatte im Vorfeld der Veranstaltung zu einem Dialog aufgerufen und um Fragen zu dem Projekt gebeten. Über 50 – ein

Großteil kam vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) – gingen ein und wurden an einer Stellwand mit Antworten ausgehängt. Zudem hatte die WAK zahlreiche Informationen zu ihrem Projekt ausgehängt. Dabei waren Schwerpunkte gebildet worden, zu denen die Fachleute der WAK für Fragen in kleinem Kreis zur Verfügung standen – Strahlenschutz, Bauausführung, Genehmigungsverfahren. Die Veranstalter hatten diese Form anstelle der klassischen Vorgehensweise mit Fragen aus dem großen Auditorium, die von der Bühne beantwortet werden, gewählt. Das kam – so das Ergebnis eines vom Moderator des Abends erhobenen Meinungsbildes – bei der Mehrheit gut an. Für Harry Block vom BUND und seine Mitstreiter war es allerdings eine „große Verarschung, dass es keine Fragen im Plenum gibt“. Vorgehen war dies zunächst nicht, wurde aber später noch angeboten. Dabei ging es unter anderem um die Frage nach den Sicherheitsstandards für die neuen Hallen mit Blick auf Erdbeben oder Flugzeugangriffe. Die sinngemäße Antwort: Das Projekt sei so angelegt, dass auch die für die nächste Zeit erwartbaren Sicherheitsanforderungen berücksichtigt sind. Die WAK, so Manfred Urban, will den Dialog mit den Bürgern fortsetzen und will dabei auch Besichtigungen ihrer Anlagen anbieten. n Angemerkt, Hintergrund



EINE HITZIGE DISKUSSION führte Harry Block vom BUND bei der WAK-Bürgerinformation mit dem Strahlenschutzfachmann des Betriebs. Foto: Aläbiso